

**BürgerForum Goch (BFG): Haushaltsrede zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 -
Udo Wennekens (Fraktionsvorsitzender)**

Ratssitzung am 14. März 2023

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir leben in einer Zeit ungeheurer Herausforderungen. Vor etwa drei Jahren hätte wohl keiner von uns auch nur ansatzweise erahnt, mit welchen nationalen und internationalen Problemen wir heute leben müssen. Die Corona-Krise war noch nicht ganz ausgestanden, als Wladimir Putin seinen brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine und unser Wertesystem begann. Der Krieg in der Ukraine sorgt für Tod, Zerstörung und Vertreibung mitten in Europa. Und auch in Goch sind die Folgen des Krieges sichtbar. Mittlerweile leben zahlreiche Menschen in unserer Stadt, die aus der Ukraine aber auch aus anderen Ländern zu uns geflüchtet sind, um Schutz und Hilfe zu suchen. Es ist nicht nur unsere Pflicht diese Menschen zu versorgen, sondern auch, sie bestmöglich in unsere Gesellschaft zu integrieren und menschenwürdig unterzubringen. Und ja: Das kostet Geld, das braucht Personal.

Auch die steigenden Energiekosten und die Inflation wirken sich negativ auf die finanzielle Situation der Gocher Bürgerinnen und Bürger, auf die Gocher Unternehmen und letztlich natürlich auch auf den Haushalt der Stadt Goch aus. Nicht nur, aber auch aus diesem Grunde schließt der Ergebnisplan der Stadt Goch mit einem Jahresfehlbetrag von rund 2,4 Mio. Euro ab.

Damit steht Goch übrigens nicht alleine da: Der Kevelaerer Haushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 7,4 Mio. Euro ab, Geldern beklagt sogar ein Minus von 10 Mio. Euro, Kleve von minus 4,9 Mio. und in Weeze stehen minus 6,6 Mio. € zu Buche. Die Liste könnte ich mit allen Städten und Gemeinden des Kreises Kleve, aber auch mit sehr, sehr vielen aus allen anderen Teilen Deutschlands erweitern.

Wenn der Städte- und Gemeindebund damit rechnet, dass sich die Finanzlage der Kommunen in den Jahren 2022 und 2023 um jeweils 5 bis 6 Mrd. Euro verschlechtert, dann sollte eigentlich jedem klar sein, dass hier ein strukturelles Problem in der Finanzausstattung der Städte und Gemeinden vorliegt. Auch deshalb fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Länder, eine Forderung, der sich auch der Deutschen Städtetag uneingeschränkt anschließt.

Dank der umsichtigen und sparsamen Haushaltsführung in den vergangenen Jahren, haben wir eine Ausgleichsrücklage von fast 20 Mio. Euro angespart, denn alle Haushalte zwischen 2015 und 2021 haben mit einem Jahresüberschuss abgeschlossen. Dadurch gilt der diesjährige Haushalt als strukturell ausgeglichen.

Mir wäre auch wohler, wenn die Ausgleichsrücklage üppiger gefüllt wäre. Aber dass dem nicht so ist, hat nur einen Grund: Die ausschließlich defizitären Haushaltsabschlüsse zu Zeiten von Bürgermeister Otto mit Fehlbeträgen von bis zu 7 Mio. Euro, allesamt übrigens mit Zustimmung der CDU-Fraktion. Damals, liebe Kolleginnen und Kollegen, stand Goch kurz vor der Haushaltssicherung. Und vor der damaligen Haushaltssicherung hat uns nur das beherzte Gegensteuern der Verwaltung mit

Bürgermeister Ulrich Knickrehm an der Spitze bewahrt. Eine Meinung, die das BFG übrigens nicht exklusiv vertritt, sondern die auch die Gemeindeprüfungsanstalt in ihrem Bericht lobend hervorgehoben hat! Insofern ist es fast schon zynisch, wenn gerade dem Bürgermeister vorgeworfen wird, es würde ihm und der Verwaltung an Sparwillen fehlen.

Natürlich darf man angesichts des diesjährigen Jahresfehlbetrages und der prognostizierten Jahresergebnisse in den kommenden Jahren Sparsamkeit anmahnen, aber es gibt heute keinen Grund, in Panik zu verfallen, wie auch die Kämmerin in ihrer Haushaltsrede betont hat. Aber wenn man – wie die CDU - zu Sparsamkeit aufruft, dann sollte man das frühzeitig und offen kommunizieren und nicht erst in der Abstimmung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses deutlich machen, ohne dies zu begründen oder vorher auch nur mit einem Wort auf die ach so prekäre finanzielle Lage hingewiesen zu haben – zumindest in den politischen Gremien.

Wo waren und sind denn die Sparvorschläge der CDU? Wenn die Sorge vor der Haushaltssicherung so groß ist, dann ist es doch auch Ihre Aufgabe, Möglichkeiten für Minderausgaben aufzuzeigen. Die Beratung der Haushaltssatzung ist keine Einbahnstraße, in der die Fraktionen lediglich Anträge hinsichtlich zusätzlicher Ausgaben stellen dürfen.

Eine Idee hätte ich übrigens: An der Einstellung des BFG hinsichtlich der Vergütung von Ausschussvorsitzenden hat sich nichts geändert. Wir sind weiterhin der Auffassung, dass hier nach Aufwand und nicht pauschal vergütet werden sollte. Hier wäre doch eine prima Gelegenheit gewesen, um mit gutem Beispiel voranzugehen! Aber leider verweigern Sie in dieser Sache seit langem Ihre Zustimmung.

Und während die CDU bei der Frage nach Sparmaßnahmen die Hände in den Schoß legt, keine Anträge in Bezug auf die Haushaltssatzung einbringt und auf Vorschläge der Verwaltung wartet, beklagt sie an anderer Stelle, dass die Verwaltung Vorschläge einbringt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und auf die in der Presse genannten Beispiele kurz eingehen.

Beispiel Ordnungsdienst: Der Bürgermeister hat bereits vor mehr als einem Jahr angeregt, diesen Ordnungsdienst einzurichten und in dieser Sache eine Fraktionsvorsitzendenrunde einberufen. In dieser hat er nach der Vorstellung der Idee um Rückmeldungen aus den Fraktionen gebeten. Wir haben das Vorhaben in unserer Fraktion sachlich und kontrovers diskutiert und haben auch auf Grund der vielen Rückmeldungen aus der Gocher Bevölkerung dem Bürgermeister das Signal gegeben, dass wir einem Ordnungsdienst zustimmen würden. Obwohl unsere Meinung zu diesem Thema stand und steht, hätten wir uns einer weiteren Debatte sicherlich nicht verweigert. Aber dann muss doch die Bitte zu dieser Debatte aus den Fraktionen kommen, die in der Sache noch Austauschbedarf haben.

Beispiel Konzept für die Bücherei: Herr Dr. Mann hat in unseren Augen ein hervorragendes inhaltliches Konzept für die Bücherei vorgelegt und im Ausschuss für Schule, Kultur und Digitalisierung vorgestellt. Wir verstehen die Vorlage solcher Konzepte nicht als gesetzt, sondern als Diskussionsgrundlage und der Fachausschuss ist doch genau der Ort, wo die Debatte und das Ringen um ein gutes Ergebnis stattfinden sollte.

Und noch eines: Wenn sie den Haushalt gleich ablehnen werden, dann ist Ihnen hoffentlich bewußt, dass sie sich nicht nur gegen den Haushalt, sondern auch für eine vorläufige Haushaltsführung aussprechen mit allen Einschränkungen, die diese mit sich bringen würde. Diese Einschränkungen würden alle freiwilligen Leistungen der Stadt, zum Beispiel die Förderung von Ferienmaßnahmen oder

Zuwendungen an örtliche Vereine betreffen! Ist es wirklich das, was sie wollen? Oder geht es lediglich um ein symbolisches Ablehnen, um den Bürgermeister öffentlich angreifen zu können?

Aber zurück zum Haushalt: Auf der Einnahmeseite sehen wir, dass die Vermarktung der Grundstücke in Neu-See-Land Früchte trägt. Der Gemeindeanteil an der Einkommens- und der Umsatzsteuer hat sich gegenüber dem Jahr 2022 um fast eine Million Euro erhöht. Die Höhe der Gewerbesteuer wurde von der Kämmerin gewohnt vorsichtig geschätzt. Das halten wir auch für richtig und geboten. Aber natürlich hoffen wir, dass dieser Ansatz übertroffen wird und am Ende zu einer Verbesserung des Jahresabschlusses führen wird.

Auf der Ausgabenseite erhöhen sich vor allem die Transferaufwendungen: Fast eine Million Euro mehr für Kinder in Tageseinrichtungen bzw. in der Tagespflege, fast 1,5 Mio. Euro mehr an Hilfen für junge Menschen und ihre Familien, fast 750.000 Euro mehr an Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Und natürlich kommen – ich habe es eingangs bereits erwähnt – auch höhere Kosten bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen auf uns zu, etwa bei der Grünflächenunterhaltung, den Betreuungsangeboten in den Schulen oder bei der Inanspruchnahme von EDV-Leistungen.

Trotz des prognostizierten Jahresfehlbetrages halten wir es für richtig, dass der Haushaltsplan umfangreiche Investitionen, vor allem in Schulen, Infrastrukturvermögen und Gebäude einplant. Ein Investitionsrückstand sollte dringend vermieden werden, denn damit würde ein Substanzverlust auf kommunaler Ebene einhergehen. Die großen Investitionsbedarfe können aber nicht mehr ausschließlich aus Eigenmitteln finanziert werden. Daher begrüßen wir sehr, dass bei den geplanten Baumaßnahmen neben der Investitionspauschale des Landes auch zahlreiche Fördertöpfe in Anspruch genommen werden konnten, um die Kosten für die Stadt zu senken. Und wir hoffen darauf, dass auch zukünftig zahlreiche Fördergelder in unsere Stadt fließen, z.B. im Rahmen des ISEK oder für bauliche Maßnahmen für die Betreuung an Schulen.

Im Stellenplan ist ein Plus von etwa neun Stellen vorgesehen. Ich habe einleitend bereits darauf hingewiesen, dass die Schaffung von weiteren Stellen für die Integration von Flüchtlingen zwingend notwendig war. Wir befürworten auch die Einrichtung eines Ordnungsdienstes. Wir begrüßen zudem sehr, dass die Verwaltung weiterhin auf eigenen Nachwuchs setzt und bedarfsorientiert ausbildet.

Für uns sind die Änderungen im Stellenplan nachvollziehbar, plausibel und sinnvoll. Durch Gesetzesänderungen hat sich beispielsweise die Anzahl an Anträgen für Wohngeld massiv erhöht. Kein Wunder also, dass die Stadt einen zusätzlichen Sachbearbeiter benötigt, der das Mehr an Anträgen abarbeitet. Hinzu kommt, dass die Stadt Goch wächst. Waren es Ende 2014 noch knapp über 33.000 Einwohner, so sind es heute mehr als 35.000. Auch dadurch kommen auf die Verwaltung mehr Aufgaben zu und das braucht Personal.

Nur am Rande: Bei der Kreisverwaltung wurden 60 neue Stellen geschaffen – hier war kein kritisches Wort der CDU zu hören.

Lohnenswert ist auch ein Blick auf die Entwicklung der Kassenkredite: Im Risikobericht, der Teil des Prüfberichts zum Jahresabschluss 2021 ist und dem vor genau einer Woche einstimmig zugestimmt wurde, heißt es „Bei den Zinslasten, insbesondere für die Liquiditätskredite, wird ein hohes Risiko für den Haushalt erkannt.“ Nimmt man die notwendige Inanspruchnahme der Fördermittel für das Projekt „Gute Schule 2020“ heraus, dann hat die Stadt noch Kassenkredite in Höhe von 7,5 Mio. Euro. Bei

Amtsantritt von Bürgermeister Ulrich Knickrehm waren es übrigens 21,5 Mio Euro. Auch das zeigt, wie verantwortungsvoll die Verwaltung mit den Finanzen der Stadt umgeht!

Abschließend noch ein Wort zu den Änderungsvorschlägen meiner Fraktion: Aus der Bevölkerung wurde der Wunsch an uns herangetragen, auf dem Gocher Friedhof ein thematisch gestaltetes Gemeinschaftsgrabfeld für Sternenkinder einzurichten. Diesem Wunsch haben wir mit einem entsprechenden Antrag Rechnung getragen und sind froh und dankbar, dass er auf allgemeine Zustimmung gestoßen ist.

Dann müssen wir unbedingt in der Entwicklung der ärztlichen Versorgung in Goch gegensteuern. Es mangelt aus den unterschiedlichsten Gründen an Kinderärzten, an Hausärzten, an Fachärzten jeglicher Art. Eine Möglichkeit des Gegensteuerns bietet ein kommunales Medizinisches Versorgungszentrum, denn der Gesetzgeber hat die Möglichkeit geschaffen, dass auch Kommunen solche Versorgungszentren gründen und Ärzte einstellen können. Die Wirtschaftlichkeit eines solchen Vorhabens und den Standort des Tertiärinnenklosters als Standort zu prüfen, ist Teil eines Prüfauftrags an die Verwaltung, der durch ein fachlich qualifiziertes Beraterteam begleitet werden soll.

Gemeinsam mit der SPD und den Grünen wollen wir, dass die Stadt Goch fahrradfreundlicher wird. Dies soll unter anderem mit Parkmöglichkeiten für Fahrräder geschehen, damit die zum Teil sehr teuren Räder sicher abgestellt werden können. Aber auch die ersten Schritte zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes unterstützen wir.

Wir möchten an dieser Stelle nicht versäumen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Betriebe und insbesondere Bürgermeister Ulrich Knickrehm zu danken. Auf die zahlreichen herausfordernden Situationen der vergangenen Jahre haben Sie alle angemessen und umsichtig reagiert und die Handlungsfähigkeit der Stadt aufrecht erhalten.

Ein besonderer Dank gilt der 1. Beigeordneten und Kämmerin Frau Gansen und Ihrem Team für die in diesen Zeiten sicherlich sehr herausfordernde Aufstellung des kommunalen Haushalts.

Das BFG wird diesem Haushalt und auch dem Stellenplan zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!